

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 21. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 21. DEZEMBER 2015 IN BAD EMS

Es sind anwesend:

Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern

Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst..... Niederneisen

Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren *Vertreter*:

Frau Monika Becker..... Winden

Herr Carsten Göller..... Eschbach

Herr Günter Groß Lahnstein

Herr Jens Güllering Kestert

Herr Bernd Hartmann Gemmerich *ab 8:40 Uhr bei TOP I.1*

Herr Matthias Lammert, MdL Diez

Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein

Herr Oliver Sacher Gemmerich

Herr Michael Schnatz Diez *bis 10:15 Uhr bei TOP I.3*

Herr Josef Winkler Bad Ems

Frau Rita Wolf..... Braubach

Es fehlen:

Herr Aslan Basibüyük.....Dachsenhausen

Herr Josef Oster Bad Ems

Herr Werner Groß..... Lahnstein

Von der Verwaltung:

Frau Büroleiterin Ute Hahn

Herr stellvertr. Büroleiter Friedhelm Rücker

Herr Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl (*öffentlicher Teil*)

Herr Abteilungsleiter Bernd Menche

Herr Abteilungsleiter Dieter Petri (*zu I.1*)

Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel (*öffentlicher Teil*)

Herr Referatsleiter Ralf Zimmerschied (*öffentlicher Teil*)

Herr Manfred Radermacher (*öffentlicher Teil*)

Schriftführerin:

Frau Anna Klein

Gäste:

Herr Pauly, Geschäftsführer Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH (*öffentlicher Teil*)

Herr Jöckel, Rhein-Lahn-Zeitung (*öffentlicher Teil*)

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08:35 Uhr die nichtöffentliche Sitzung des Kreisausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 11.12.2015 vorgelegten Tagesordnung werden *keine* Einwendungen bzw. Änderungswünsche vorgetragen, sodass diese wie folgt beschlossen wird:

I. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Personalangelegenheit

II. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Finanzangelegenheiten;
Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden etc. gem. § 58 Abs. 3 LKO
3. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder
4. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

III. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Finanzangelegenheiten
2. Auftragsvergaben
3. Vertragsangelegenheiten
4. Personalangelegenheiten
5. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

I. Nichtöffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Personalangelegenheit

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die nichtöffentliche Sitzung um 09.13 Uhr und stellt die Öffentlichkeit her.

II. Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die vorliegenden Niederschriften.

Herr **Lammert** nimmt Bezug auf die Sitzung vom 30.11.2015. Hinsichtlich des Punktes „Rhein-Lahn-Katastrophenschutz“ seien hier seitens der SPD Ausführungen gegenüber der Zeitung gemacht worden. Aufgrund der Tatsache, dass es sich hier um einen nichtöffentlichen Punkt gehandelt habe, halte er dies für problematisch.

Herr **Göller** merkt an, dass an anderer Stelle über die Thematik und den Beschluss öffentlich berichtet worden sei. Zudem sei nicht über den Sitzungsverlauf gesprochen worden.

Gegen die allen Mitgliedern des Kreisausschusses vorgelegte Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreisausschusses am 16.11.2015 sowie die 20. Sitzung des Kreisausschusses am 30.11.2015, beide zum Teil gemeinsam mit dem Finanzausschuss, werden *keine* Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Finanzangelegenheiten;

Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden gem. § 58 Abs. 3 LKO

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Vorlage.

Der Kreisausschuss beschließt die Annahme des nach § 58 Abs. 3 anzeigepflichtigen Spendenbetrages in Höhe von 7.778,32 € gemäß der zur Sitzungsvorlage vom 09.12.2015 beigefügten Aufstellung.

Punkt 3:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder;

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13. Dezember 2015 „Linienbündel Einrich und Blaues Ländchen-Loreley“

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf den vorliegenden Antrag und übergibt das Wort an Herrn Lammert.

Herr **Lammert** führt an, dass es aufgrund der Fahrplanumstellungen zu Problemen gekommen sei. Vor diesem Hintergrund solle gemeinsam darüber nachgedacht werden, wie diese zu beheben seien. An der vergaberechtlichen Entscheidung gebe es keine Zweifel. Aber gegebenenfalls könnten gewisse Aspekte noch angepasst und verbessert werden. Hier solle eine entsprechende Kommunikation stattfinden.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn Pauly.

Herr **Pauly** führt aus, dass auch die VRM GmbH entsprechende Mitteilungen erhalten habe. Er betont, dass die vorgebrachten Anliegen sehr ernst genommen würden. Er führt ebenfalls an, dass die Umstellung erst gerade erfolgt sei. Zum Teil seien auftretende Probleme sicherlich auch dem kurzen Zeitraum seit der Umstellung geschuldet. Es sei wichtig, alle Probleme entsprechend zu analysieren.

Ein Ausschreibungsverfahren sei erforderlich gewesen. Es sei von Bedeutung, dass ausdrücklich betont werde, dass hinsichtlich der Linienbündelung Entscheidungen für die Daseinsvorsorge getroffen worden seien die notwendig waren, um den ÖPNV zu gewährleisten. Das System sei über einen langen Zeitraum erarbeitet worden.

Hinsichtlich der Vorverlegung von Schulzeiten führt er an, dass dies zuvor bei den Schulen abgefragt worden sei. Jede Beschwerde werde geprüft. Es sei hierfür allerdings auch Zeit erforderlich, um mögliche Probleme entsprechend analysieren zu können. Er bittet um Verständnis, dass es durch die Umstellung vereinzelt auch Nachteile gebe. Allerdings sei dies nicht vollständig zu vermeiden. Es sei wichtig, lösungsorientiert zu arbeiten. Die Probleme sollen aufgearbeitet und anschließend erneut besprochen werden.

Herr **Hartmann** führt an, dass auch innerhalb der Schulen gegebenenfalls mehr Kommunikation erforderlich gewesen wäre. Es gebe sicherlich auch Aspekte, bei denen es einer Verbesserung bedarf.

Herr **Göller** merkt an, dass versucht werden solle, kundenorientiert Lösungen zu finden. Er halte es für zielführend, die Probleme vor einer Erörterung in einer großen Runde zunächst gezielt anzusprechen.

Herr **Güllering** führt aus, dass die mit der Umstrukturierung verbundenen Verbesserungen häufig zunächst nicht gesehen würden. Es gehe nicht um Dinge, welche sich nach einer gewissen Zeit einspielten, sondern um mögliche strukturelle Fragen. Dies sollte gemeinsam besprochen werden. Hinsichtlich des Kommunikationsprozesses führt er an, dass beispielsweise an der IGS Elternbriefe verschickt worden seien. Es habe also auch innerhalb der Schulen eine positive Kommunikation gegeben.

Er merkt an, dass auch die Zeit der Schulanmeldungen demnächst anstehe. Eine negative Stimmung hinsichtlich von Problemen im Hinblick auf die Schülerbeförderung könne auch Konsequenzen auf die Anmeldezahlen haben. Die Kommunikation sollte weiter ausgebaut werden.

Herr **Lammert** führt an, dass die Thematik weiter aufgegriffen und begleitet werden sollte.

Herr **Winkler** merkt an, dass er eine Einrichtung einer dauerhaften Institution, welche regelmäßig zusammen finde, kritisch sehe. Er befürwortet auf vorliegende Beschwerden einzugehen und die Thematik erneut aufzugreifen.

Es solle auch deutlich gemacht werden, dass im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gehandelt werde und dass es um die Verbesserung der Qualität und Sicherung des ÖPNV gehe.

Herr **Göller** spricht sich ebenfalls dafür aus, die Thematik erneut im Kreisausschuss aufzugreifen.

Frau **Becker** schließt sich dieser Meinung an.

Herr **Pauly** merkt an, dass derzeit zunächst geprüft werden müsse, um welche Beschwerden es sich handele und wo gegebenenfalls auch zeitnah Abhilfe geschaffen werden könne.

Herr **Lammert** betont, dass es um eine Möglichkeit der Gelegenheit zur Aussprache gehe.

Der **Vorsitzende** sagt zu, die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses zu setzen. Parallel werde weiter an den Kritikpunkten gearbeitet, jeder Fall geprüft und nach Optimierungen und Lösungen gesucht.

Es schließt sich eine Beratung hinsichtlich des Termins an.

Der **Vorsitzende** führt an, die Thematik solle auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 01.02.2015 genommen werden und dann über Ergebnisse berichtet und weiter beraten werden.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen der Vorgehensweise zu.

Die Thematik wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 01.02.2015 genommen. Parallel wird an Optimierungen gearbeitet. Herr Geschäftsführer Pauly erstattet in der Sitzung am 01.02.2016 Bericht über erreichte Lösungen und den aktuellen Sachstand.

Punkt 4:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Es liegen *keine* Mitteilungen vor.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses um 10.20 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

III. Nichtöffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Finanzangelegenheiten

(...)

Punkt 2:

Auftragsvergaben

(...)

Punkt 3:

Vertragsangelegenheiten

(...)

Punkt 4:

Personalangelegenheiten

(...)

Punkt 5:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 21. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode um 10.25 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.

(Frank Puchtler)
Landrat

Die Schriftführerin:

gez.

(Anna Klein)